

Dieser Verfassungsschutz ist ein Relikt der Nachkriegszeit und seine Verdachtsberichterstattung ein demokratiepolitischer Skandal. Diesen Vorwurf brachte gerade erst Ex-SPD-Minister Mathias Brodtkorb in seiner instruktiven Abrechnung „Gesinnungspolizei im Rechtsstaat?“ auf den Punkt.

Der Einsatz des Verfassungsschutzes ist eine politische Machtfrage. Er dient auch der Einhegung einer legitimen demokratischen Opposition. Profiteure werden dieses Instrument nicht freiwillig aus der Hand legen. Solange keine politischen Mehrheiten für eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen des Verfassungsschutzes existieren, bleibt nur der Weg, sich eisern in einem aufwendigen juristischen Kampf zur Wehr zu setzen. Jeder Prozeß bedeutet Sand ins Getriebe einer politisch mißbrauchten Behörde. Das Ganze ist sowohl materiell als auch inhaltlich eine riesige Materialschlacht.

Nicht alle begreifen dies: Im Rahmen dieser existentiellen Verteidigung des freien demokratischen Wettbewerbs macht die AfD-Spitze Bekanntschaft mit Kräften in ihren eigenen Reihen, die die juristische Abwehr destruktiv behindern und mutwillig dem Verfassungsschutz belastende „tatsächliche Anhaltspunkte“ frei Haus liefern.

Auch wenn Verdächtigungen des Verfassungsschutzes bei Wählern nicht mehr so stark verfangen – will die AfD nicht am Ende eine Episode bleiben, muß sie diesen juristischen Marathon bis zum Sieg absolvieren. Das Glück ist mit den Tüchtigen.